**Kleine Anfrage zur kurzfristigen schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 2 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Sophie Ramdor, Oliver Schatta, Christoph Plett und Veronika Bode (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung namens der Landesregierung

Teilnahme politischer Parteien an den Themenmeilen zum Tag der Niedersachsen 2026 in Braunschweig

Anfrage der Abgeordneten Sophie Ramdor, Oliver Schatta, Christoph Plett und Veronika Bode (CDU), eingegangen am 02.02.2026 - Drs. 19/9736,
an die Staatskanzlei übersandt am 04.02.2026

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres, Sport und Digitalisierung namens der Landesregierung vom 20.02.2026

Vorbemerkung der Abgeordneten

Der Tag der Niedersachsen ist ein landesweites Bürgerfest, das im regelmäßigen Turnus von wechselnden Ausrichterkommunen in Zusammenarbeit mit der Landesregierung organisiert wird. Im Jahr 2026 soll das nächste Landesfest in Braunschweig stattfinden. Ein zentrales Element des Fests sind die sogenannten Themenmeilen, auf denen sich Organisationen, Initiativen, Vereine und Institutionen aus ganz Niedersachsen präsentieren können.[1]

Wie aus einer schriftlichen Rückmeldung der Stadt Braunschweig hervorgeht, wurde einer interessierten Partei mitgeteilt, dass eine Bewerbung als politische Partei nicht möglich sei. Als Begründung wurde angegeben, dies geschehe in Rücksprache mit einer Ansprechperson des Landes Niedersachsen. Diese Aussage wirft Fragen hinsichtlich der Rolle politischer Parteien im demokratischen Gemeinwesen auf. Parteien sind gemäß Artikel 21 des Grundgesetzes ein konstitutives Element der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ihre Mitwirkung an der politischen Willensbildung ist nicht nur verfassungsrechtlich garantiert, sondern auch Bestandteil politischer Öffentlichkeit. Eine pauschale Nichtzulassung wird daher von Experten mit Hinweis auf die politische Kultur der Bundesrepublik wie auch unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit hinterfragt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Das Landesfest „Tag der Niedersachsen“ (TdN) wird seit 1981 als „Fest der Ehrenamtlichen“ gefeiert und ist der Inbegriff des gelebten Miteinanders in der landesweiten Kultur- und Vereinsszene. Der TdN wird maßgeblich vom ehrenamtlichen Engagement der Vereine und Verbände in Niedersachsen getragen.

Das Ziel des TdN ist es, dem Ehrenamt eine Bühne zu bieten, die bunte Vielfalt des Landes zu präsentieren, der ausrichtenden Stadt eine Bühne mit überregionaler Sichtbarkeit zu geben und dabei sowohl traditionelle als auch zukunftsweisende Themen zu platzieren. Es soll ein Ort der Begegnung geschaffen werden, in dem sich jeder Gast willkommen fühlt. Die Schaffung eines - insbesondere auch politisch - neutralen Rahmens, ist dafür eine notwendige Voraussetzung.

Der Charakter des Landesfestes als „Fest der Ehrenamtlichen“, das in einem politisch neutralen Rahmen gefeiert wird, bietet keinen Raum für eine Präsentation von politischen Parteien. Der Fokus soll

[1] https://www.mi.niedersachsen.de/startseite/themen/sport_kultur_soziales/tag_der_niedersachsen/landesfest-tag-der-niedersachsen-62860.html

auf dem Ehrenamt, dem Sport, der ausrichtenden Stadt und der kulturellen Vielfalt des Landes liegen und nicht durch Wahlkampfauseinandersetzungen und parteipolitische Konfrontationen überlagert werden. Der TdN dient dazu, Begegnungen zwischen den Bürgerinnen und Bürgern des Landes zu ermöglichen und das Zusammengehörigkeitsgefühl untereinander zu stärken.

Eine Einbindung politischer Parteien ist daher nicht vorgesehen. Aus der bis 1981 zurückreichenden Historie des TdN sind keine Ausnahmen von diesem Grundsatz bekannt.

1. Auf welcher rechtlichen oder verwaltungsinternen Grundlage erfolgt gegebenenfalls die Entscheidung, politische Parteien von einer Teilnahme an den Themenmeilen zum Tag der Niedersachsen 2026 auszuschließen?

Am 22.07.1980 hat das Kabinett entschieden, ein niedersächsisches Landesfest zu initiieren und zu etablieren. Im Zuge dessen wurde der damalige stellvertretende Ministerpräsident Hasselmann mit der Konzeptionierung beauftragt. Am 07.10.1980 unterrichtete er das Kabinett über ein Konzept für die Landesveranstaltung, in dem die Beteiligung von Parteien ausdrücklich nicht vorgesehen war. Das Kabinett stimmte dem Vorschlag zu.

Das Konzept sah die Einberufung eines Kuratoriums als Organisationsgremium vor. Das Kuratorium wird mittlerweile als „Programmbeirat“ bezeichnet und hat auch die Aufgabe, Grundsatzentscheidungen zu treffen und die programmatische Ausgestaltung des Bühnenprogramms und der Themenmeilen vorzunehmen. Zu den Aufgaben des Programmbeirats gehört auch die Entscheidung, wer sich als Aussteller bzw. Ausstellerin auf den Themenmeilen präsentieren darf sowie die Interessensvertretung aller am TdN beteiligten Akteure.

Der Programmbeirat setzt sich zusammen aus Vertretern von Verbänden, Medien- und Rundfunkanstalten, dem Land Niedersachsen sowie dem Projektteam der jeweiligen Ausrichterstadt.

2. Welche Stelle innerhalb der Landesregierung hat inhaltlich über die Zulassungs- bzw. Ausschlusskriterien für Bewerbungen entschieden, und wie wurde gegebenenfalls der Ausschluss politischer Parteien begründet?

Es wird auf die Beantwortung der Frage 1 und die Vorbemerkung der Landesregierung verwiesen.

Das Vorgehen entspricht der ständigen Verwaltungspraxis. Durch die wiederkehrende, gleichförmige Entscheidung, politische Parteien nicht in die Ausführung des TdN einzubeziehen, entsteht aufgrund der immer gleichgelagerten Fälle eine (Selbst-)Bindung an diese Praxis.

3. Sieht die Landesregierung eine Möglichkeit, politische Parteien unter gleichen Bedingungen wie andere gesellschaftliche Gruppen für die Themenmeilen zum Tag der Niedersachsen 2026 zuzulassen?

Es wird auf die Vorbemerkung der Landesregierung sowie die Beantwortung der Fragen 1 und 2 verwiesen.